

großen Staatsmannes eingeleitet sind, den Deutschland niemals vergessen wird. Diese Ruhe und Zufriedenheit sind uns allen die sicherste Bürgschaft, daß die Lebensstadien des ersten deutschen Reiches noch nicht so bald erzählt sein werden, daß er nicht mehr noch viele frohe Tage in dem Bewußtsein genießen wird, unssterbliches geschaffen zu haben, wofür ihm der Dank der Nation zu allen Zeiten gewiß ist. Den aufrichtigen Wünschen welche heute im Sachsenwalde eintreffen werden, schließen sich auch die Patrioten unserer Stadt aus ganzem Herzen freudig an.

Das „Dresdner Journal“, das offizielle Organ der königl. sächsischen Regierung, hat vor kurzem unter dem Titel „Zeitbetrachtungen eines Unbefangenen“ eine Artikelserie, der wir weite Verbreitung wünschen möchten, zum Abdruck gebracht. Zwar lehnt das genannte Blatt im voraus die Annahme ab, als seien in diesen Betrachtungen die Ansichten der Staatsregierung wiedergegeben; aber der Umstand, daß dieselben überhaupt Aufnahme an dem offiziellen Organ finden konnten, läßt diese Aufsätze noch beachtenswerther erscheinen, als sie es ohnedies schon sind. Der „Unbefangene“ faßt nun die heutigen Zustände in das folgende Gesamtbild: „Die christliche Religion ist durch die Gesetzgebung fast schutzlos gemacht und durch das Emporkommen des Judentums in schwere Bedrängnis verlegt. Eine zuchtlose Presse sucht im Volke, insbesondere in der Jugend die letzten Keime der Gottesfurcht, der Achtung vor Gesetz und Obrigkeit, Sinn für Ordnung und Recht, die bürgerlichen Tugenden des Fleißes, der Sparsamkeit und Genauigkeit zu erlöschern, reizt dagegen zu Unbotmäßigkeit und Unzufriedenheit an. Durch eine schrankenlose Freizügigkeit, durch die vom Unterhaltungswohlfahrt geförderte Heimatlosigkeit hat ein großer Teil der Bevölkerung die Sehsüchtigkeit verloren und ist dem Landtreue verfallen. Der Gemeindevorstand ist durch die aus der Freizügigkeit abgeleiteten Sühnungen gelockert und dem Eindringen schädlicher Elemente preisgegeben. Die alten Ordnungen des Gewerbestandes, so wesentlich für die Erziehung zu Ehrbarkeit und guter Sitte und für eine geordnete Erwerbstätigkeit sind außer Kraft gesetzt durch eine Gleichmacherei, die allen Unterschied zwischen Lehrling, Gesellen und Meister aus der Welt schaffen möchte; der Mittelstand ist durch den ungesäglichen Wettbewerb in seinem Fortbestehen bedroht. Ein bedenkliches Zustreben erwerbs- und beschlefter Menschenmassen nach den Städten auf der einen und eine Erwerbslosigkeit herabdrückende Entvölkerung des platten Landes von Arbeitskräften auf der andern Seite; die Anhäufung unverbältnismäßiger Vermögensmassen in den Händen weniger gegenüber einer immer bedrohlicher anschwellenden Menge von Beschleftern, die nichts zu gewinnen und zu verlieren haben, darum zu allem fähig sind; dazwischen eine Partei, die auf Zerstückung der ganzen heutigen Gesellschaftsordnung ausgeht, den Klassenhaß und die Unzufriedenheit anspürt, und kein Mittel scheut, das ihren Zwecken dienen kann; dem allen gegenüber die Regierungen, die wohl erkennen, was uns noth thut und durch wohlthätige Einrichtungen den sozialen Missständen abzuhelfen suchen, dabei aber auf Schritt und Tritt bekämpft werden durch eine vom verstockten und veralteten Freisinn angeführte Volkspartei, die überall mitregieren möchte, auch da, wo sie nichts versteht; Regierungen, die an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Durchführung der bestgeeigneten Absichten durch beengende Vorschriften und kurzfristigen Freiheitsdusel fortwährend gehindert werden, und denen zur Aufrechterhaltung ihres Ansehens und zur Abwehr des geplanten Umsturzes fast kein anderes Mittel mehr zu Gebote steht, als ein: Gott sei Dank! noch fest in der Treue zu Kaiser, König und Vaterland stehende Arme. Das ist unsere heutige Lage. — Meinen Sie, daß ich zu schwarz gesehen hätte? Wenn Sie mich widerlegen können, will ich es Ihnen danken.“

Die bevorstehende Romfahrt Kaiser Wilhelms erregt von Italien abgesehen, kaum irgendwo größeres Wohlgefallen und herzlichere Sympathien, als in den politischen Kreisen Englands. Gewichtige Interessen des Inselreiches weisen letzteres selber auf die Pflege freundschaftlicher und bündnisfähiger Beziehungen zu dem italienischen Nationalstaate hin; es ist daher nur natürlich, daß englische Politiker, welche den Werth des italienischen Faktors im Rathe der Mächte jedenfalls eingehend erwogen haben und sich ein diesbezügliches Urtheil zutrauen, mit Genugthuung vermehren, wie die deutsche Staatskunst von ihrem besonderen Standpunkte zu gleichartigen Ergebnissen gelangt und ihre Handlungen dementsprechend einrichtet. Die in der Pariser Boulevardpresse sich hervordringenden geschäftigen Bemerkungen der bevorstehenden römischen Monarchentage bezeugen jenseits des Kanals nur geringfügigen Anselzenden. Man ist in London über die wahre Stimmung der italienischen Nation denn doch genauer unterrichtet als die durch von Leidenschaft und Kanone getriebenen Brillengläser beobachtende französische Eiferstiele. Was den Engländern an dem italienischen Volksempfinden zumeist imponiert, ist dessen rühmbolde Hingabe an die Persönlichkeit Kaiser Wilhelms und dadurch mittelbar an den Dreibund. Je unabweisbarer sich ganz Italien auf die Seite der Dreibundspolitik stellt, wie es in einem der „St. James's Gazette“ zur Einsicht und Benutzung verstatteten Privatbriefe aus Rom heißt, desto tiefere Wurzeln schlägt der Haß gegen Frankreich. Die ältere Generation in Italien, welche noch an den Ereignissen von 1848 thätig mitgemerkt, schleppe allerdings — namentlich in der Lombardie und Venetien — noch einen Rest von Verbitterung gegen die österreichische Herrschaft mit sich herum; das inzwischen heranwachsende jüngere Geschlecht aber ist Feuer und Flamme für die Dreibundsidee, und unter je 10 000 Italienern dürfte sich heute kaum einer finden, der im entscheidenden Augenblick nicht weitaus lieber sein Schwert gegen Frankreich als gegen Oesterreich lehrte. Thatsache sei, daß das Bündnis mit den beiden militärischen Großmächten Mitteleuropas dem italienischen Selbstbewußtsein schmeichle und ihm ein Maß von Befriedigung gewähre, wie es in der Pflege der französischen Freundschaft niemals empfunden habe noch empfinden werde. Die Franzosen hätten ja, wenn sie wollten, recht gewinnende Manieren, aber auch eine sehr verlegende Art und Weise, anderen Leuten, die vor Orlims Zeiten einmal erwiesenen Wohlthaten immer und immer wieder vorzurufen. Italien sei nachgerade dieser herablassenden, gönnerhaften Bevormundung seitens des sich über alle Welt erheben dünnenden Franzosenvolkes bis zum Widerwillen überdrüssig und rechne es den Deutschen und ihrem kaiserlichen Herrscher überaus hoch an, daß sie ihr Benehmen dem südländischen Nachbar gegenüber stets auf dem Fuße vollkommenster Parität eingerichtet hätten. Mit einem Worte, durch alle Beurteilungen, welche der Romfahrt Kaiser Wilhelms in England gewidmet werden, zieht sich als beherrschender Gesichtspunkt das Bewußtsein der Solidarität wichtiger englischer und Dreibundinteressen.

Mit sehr kaltem Blute sehen nach einer militärisch-offiziellen Korrespondenz die verbündeten Regierungen angeblickt einer Reichstagsauflösung entgegen. Wir können an die Wichtigkeit dieser aus sogenannten besten Quelle kommenden Nachricht keineswegs glauben; wir sind vielmehr völlig davon überzeugt, daß keine der verbündeten Regierungen mit „sehr kaltem Blute“ einem in die nächste Nähe gerückten Wahlkampfe entgegensehen werde. Schon bei den vorigen Reichstagswahlen sind die deutschen Lande durch die verwerflichsten Mittel durchwühlt, die verschiedenen Klassen der deutschen Bevölkerung gegen einander aufgebracht worden; der Wahlkampf, den wir diesmal zu erwarten hätten, würde — das haben schon die verschiedenen Nachwahlen gezeigt — solche Formen annehmen und derartige gegenseitige Erbitterung in den verschiedenen Parteien und Berufsgruppen hervorrufen, daß dadurch der innere Frieden schwer bedroht werden müßte. Mit kaltem Blute würden auch die Conservativen einer Reichstagsauflösung darum nicht entgegensehen, obwohl gerade unsere Partei ohne jegliche Furcht und ohne irgendwelches Bangen in den Wahlkampf eintreten könnte. Mit kaltem Blute wünschen allein die Sozialdemokraten und die Richterischen Freisinnigen eine Reichstagsauflösung herbei, weil sie — vermutlich unter dem Zeichen des von Dr. Barth vorgeschlagenen Cartells Schulter an Schulter kämpfend — sehr wohl wissen, daß es am letzten Ende nur zum Vortheil der demokratischen Parteien gereichen kann, wenn eine Erregung der Volkselemente im großem Maße das Land unterwühlt. Beschließen die verbündeten Regierungen, den gegenwärtigen Reichstag aufzulösen, so müßte die deutsche Bevölkerung von ihnen zum Mindesten damit zu einer Stellungnahme nicht nur zu der Militärvorlage, sondern noch zu anderen die Volkseele bewegender Fragen aufgerufen werden. Thun das die verbündeten Regierungen nicht, dann werden das die Parteien zu thun gezwungen sein. Die Militärvorlage wird, das ist von anderen Seiten schon mit vollem Rechte ausgesprochen worden, nicht die alleinige, ja nicht einmal die hervorragendste Wahlparole bilden; der nächste Wahlkampf wird, wenn anders nicht inzwischen die verbündeten Regierungen Zeit gewinnen, um einen Interessenausgleich im Sinne der conservativen Politik herbeizuführen, in der Hauptsache ein Interessenkampf sein. Auch die Militärvorlage würde in einer etwaigen Wahlagitatorik von Seiten der Gegner des „Militarismus“ nur dazu benutzt werden, um die Interessen- und Klassengegensätze zu verschärfen. Schon die bisher von Herrn Eugen Richter verfaßten Flugblätter geben in dieser Beziehung einen deutlichen Fingerzeig. Die große Masse der Wählerschaft, die bei unseren Reichstagswahlen ja den Ausschlag giebt, würde von jener Seite nicht vor die Frage gestellt werden: Liegt die Nothwendigkeit vor, das Vaterland streitiger zu schützen? sondern vor die Frage: Habe ich als Steuerzahler und Wehrpflichtiger Nachtheil oder Vortheil von der Annahme der Militärvorlage? Alle diese Erwägungen werden, das sind wir überzeugt, auch schon im Schooße des Bundesrathes angestellt worden sein. Eben deshalb aber glauben wir, daß die offiziöse Mittheilung, die uns zu diesen Zeilen Anlaß gab, nichts weiter als eine neue offiziöse Unangenehmlichkeit sei, wie wir solche zur „Verteidigung“ der Militärvorlage wahrgenommen haben. Im Parteinteresse, wie gesagt, fürchten wir eine Reichstagsauflösung nicht, wohl aber im Interesse des inneren Friedens; und darum haben wir den Wunsch, die Oesterreicher möchten die Schwankenden und die compromißlustigen Reichstagsmitglieder zu der dem Wohle unseres Vaterlandes allein dienenden vollen Annahme der Militärvorlage bekehren. Sollte es aber dennoch zu einer Reichstagsauflösung kommen, so hoffen wir, daß die verbündeten Regierungen vorher mit einem festen Programm hervortreten, in dem sie mit dem Manchestertum endgiltig und entschieden brechen. Schreiben die Regierungen ohne eine solche Parole zur Reichstagsauflösung, so schaffen sie freie Bahn für die demokratische und socialdemokratische Berührung und sie geben der Demokratie zudem noch die Möglichkeit, sich den Wählern als die „festesten Stützen“ der Reichsleitung anzuweisen. Das wären Eventualitäten, die die verbündeten deutschen Regierungen ganz gewiß nicht „mit sehr kaltem Blute“ eintreten sehen werden.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: „Der Abgeordnete Richter hatte behauptet, von dem Abgeordneten Stöcker habe das Gericht erklärt, daß er sich eines fahrlässigen Meineides schuldig gemacht habe.“ Der Abg. Stöcker antwortete sofort, dies sei „eine Unwahrheit, eine grobe Unwahrheit.“ Darauf griff ihn der Abg. Richter an: „er habe es gewagt, das Urtheil in Frage zu stellen, welches der Gerichtshof über seine Wahrheitsliebe gefällt hat.“ Er „müsse demgegenüber doch genau feststellen, was am 16. Juni 1885 die 2. Etroffammer des Landgerichts Berlin erklärt hat.“ In die Enge getrieben, mußte er schließlich eingestehen, daß der „Gerichtshof den Ausdruck „fahrlässiger Meineid“ nicht gebraucht hat.“ Abg. Richter hat also genau wie der Abg. Alwardt vor dem Reichstag mit unwahren Beschuldigungen, ohne aktenmäßiges Material vor sich zu haben, ein Mitglied des Reichstages angegriffen. Ja, er hat viel schlimmer, als der Abg. Alwardt, dadurch, daß er stets davon sprach, „das Erkenntniß stellt fest“ und verglichen, den Reichstag über sein Benehmen bewußt zu täuschen versucht. Und ein so der Unwahrheit überführter Mann wagt es im höhnischen Tone von der „bekanntem Stöcker'schen Wahrheitsliebe“ zu sprechen. Nun man wird in Zukunft von der „bekanntem Richter'schen Liebe für die Unwahrheit“ zu reden alle Veranlassung haben.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Böckel, der Führer der Antifemiten in Hessen will von den bestehenden Antifemitenpartei nichts mehr wissen und beabsichtigt unter dem Namen „Nationale Volkspartei“ eine neue Partei zu gründen. Mit dem durch Alwardts Auftreten gerichteten und verarbeiteten Antifemismus sind wir zu Ende“, schreibt er in seinem „Reichsboten“. „Eine Partei ohne politischen Charakter, die jedem Aufschneider und Schreier nachläßt, hat keine Zukunft. Heute heißt es: „Retten, was zu retten ist“ und eine nationale Volkspartei schaffen, die das Recht und die Wohlthat der Bauern, Handwerker und Arbeiter energisch und freimüthig vertritt, gegen Zedermann, sei es Jude, Großkapital, Bureaucratie oder Sozialdemokratie.“

### Mahnende Worte an die in ein neues Lehrverhältniß eintretenden Lehrlinge.

„Schreiber sind keine Herrschaftler.“  
Die erste und vorzüglichste Pflicht eines Lehrlings ist die Treue zu seinem Lehrmeister; sie wird ihm die Zuneigung desselben erwerben und ihm seine Nachsicht bei vorkommenden Fehlern sichern.  
Dem Meister treu sein, heißt: jeden Schaden und Nach-

teil von ihm fern lassen, dagegen seinen Vorteil jederzeit im Auge haben und den Ruf seines Geschäftes stets zu fördern suchen, und zwar nicht nur in der Werkstatt und bei Arbeiten außerhalb derselben, sondern auch im Privatleben. Aus der Treue entspringt von selbst die Ehrlichkeit. In allen Lebenslagen muß der Lehrling eingedenk bleiben, daß „Ehrlich am längsten währt“. Er soll aber seine Ehrlichkeit nicht nur durch die That allein, er soll sie auch in seinen Worten beweisen: der Lehrling darf den Meister nicht belügen! Der Meister kann seinem Lehrlinge andere Fehler verzeihen, nicht aber vorsätzliche Unwahrheiten. Diese wird er stets strafen müssen; denn das Gesetz verpflichtet den Meister, seinen Lehrling zu guten Sitten anzubilden.

Der Lehrling muß die Unterweisungen seines Lehrmeisters mit Aufmerksamkeit anhören und die ihm obliegenden Arbeiten — auch die unbedeutendsten — mit Fleiß und Sorgfalt ausführen. Er muß in seinem eigenen Interesse sich bald an ein zuverlässiges und möglichst schnelles Arbeiten gewöhnen; denn was der Lehrling lernt und sich aneignet, das kommt ihm, wenn er Gehilfe ist, zugute. Er erwäht nur sich selbst einen Gefallen, wenn er bereit ist in seinem Handwerke tüchtiges leisten kann. Gehilfen, die keine guten Arbeiten zu liefern imstande sind, finden in den besseren Werkstätten kein Unterkommen.

Ferner muß der Lehrling das ihm anvertraute Werkzeug und die Maschinen, an denen er etwas zu thun hat, sauber und in gutem Zustande erhalten. Er muß sich der größten Ordnungsliebe befleißigen, jedes Stück Werkzeug nach gemachtem Gebrauch sofort wieder an den für dasselbe bestimmten Platz legen; dann wird ihm die Arbeit immer schnell von der Hand gehen und er wird nicht nöthig haben, seine Zeit mit „aufzuräumen“ zu verbringen. Wie sein Werkzeug, so muß der Lehrling seinen Arbeitsplatz möglichst rein halten; Staub und Schmutz schädigen seine Gesundheit. Auch seine Kleidungsstücke reinlich und ganz zu erhalten, soll des Lehrlings Aufgabe sein. Es ist ein großer Irrthum, zu meinen, der Arbeitsanzug müsse durch die Arbeit un sauber werden.

Wie seinem Lehrmeister, so muß der Lehrling auch den Vertretern des Meisters und den Gehilfen Achtung und Gehorsam erweisen. Das Gesetz verpflichtet ihn ausdrücklich hierzu. Hat er Fehler begangen und dafür Strafe erhalten, so darf er nicht widerspenstig sein, sondern soll durch erhöhte Aufmerksamkeit und Folgsamkeit die Fehler vergessen machen. Durch das Gesetz ist der Lehrling der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen; es ist also des Meisters und seines Vertreters Recht, den ungehorsamen Lehrling zu strafen.

Hat der Lehrling für seinen Meister Berrichtungen außer dem Hause zu besorgen, so muß er dies möglichst schnell thun, und jeden unnötigen Aufenthalt vermeiden. Sucht ihn jemand über den Meister, über den Geschäftsgang, über Bezugsquellen oder Geschäftsstunden auszufragen, so ist es seine Pflicht, jede Auskunft zu verweigern.

Der Lehrling muß sich eines sittlichen und religiösen Lebenswandels befleißigen, in seinem Betragen gegen Jeden, mit dem er in Beziehung kommt, höflich und bescheiden sein, alles, was der Anstand verbietet, streng zu vermeiden suchen.

Den Besuch der Fach- oder Fortbildungsschule darf der Lehrling nicht ocsäumen. Den Lehren an diesen Anstalten hat der Lehrling Ehrenerbietung und Gehorsam zu erweisen. Er muß durch sorgfältigste Bearbeitung der Aufgaben, durch pünktliches Erscheinen in den Unterrichtsstunden und durch ein ruhiges und gefittetes Betragen während derselben sich auszeichnen suchen, und jederzeit eingedenk sein, daß er seinem Lehrmeister zu großem Danke verpflichtet ist, daß derselbe ihm durch die Errichtung und Unterhaltung solcher Unterrichtsanstalten Gelegenheit bietet, sich zu einem tüchtigen Mitgliede der menschlichen Gesellschaft heranzubilden zu können.

Wäge jeder Lehrmeister diese Worte seinem Lehrling zur besonderen Beachtung anheimzugeben.

### Vaterländisches.

— Wilsdruff. Am Charfreitag in der Mittagsstunde brannte in Altanneberg die Bernhardsche Wirtschaft vollständig nieder. Entstehungsurache zur Stunde noch unbekannt.

— In diesem Jahre werden 60 000 Reservisten und 80 000 Landwehrmänner zu Übungen eingezogen. Übungen von Ersatzreservisten finden in diesem Jahre zum ersten Male nicht statt. Es ist das ein Zeichen dafür, daß man das Institut der Ersatzreservisten aufzugeben beabsichtigt.

— Am Sonnabend starb in Blasewitz Stadtrath a. D. Berth. Heubner. Der Verstorbene hat bekanntlich eine mit schweren persönlichen Opfern verbundene politische Thätigkeit entwickelt, die mit der Sturm- und Drangperiode Ende der 40er Jahre verbunden war. In späteren Jahren hat er als Vorstand des Dresdner sächsischen Schulvereins eine überaus segensreiche Wirksamkeit entwickelt und ebenso als treuer Anhänger der deutschen Turnerschaft in den Herzen dieser Kreise sich ein bleibendes Denkmal gesetzt.

— Dresden, 29. März. Ein düsteres Großstadtbild spielte sich heute Nacht in dem bekannten Weinstaurant „Société“ ab. Kurz vor 11 Uhr erschien dalselbst ein Mann im Alter von etwa 28 Jahren, ließ sich ein Glas Bier geben und beschrieb dann einen Fettel mit einer Bleistiftspitze. Gleich darauf begab er sich nach dem Abort. Kaum hatte er denselben betreten, so hörte der Portier zwei Schüsse fallen. Er eilte hinzu und fand in dem Raume blutüberströmt den Gast, der mittelst eines Revolvers zwei Schüsse auf sich abgegeben hatte. Der Selbstmörder wurde noch lebend in's Stadtkrankenhaus gebracht. Ueber die Persönlichkeit desselben ist Näheres noch nicht festgestellt.

— Die Schützengesellschaft in Komauisch feiert in den Pfingstsonntagen, am 22., 23. und 24. Mai d. J., das Fest ihres 140jährigen Bestehens. Bei dem Feste wird die gleichalte Vereinskasse, die der damals eben erst in's Leben gerufene Schützengemeinde im Jahre 1753 vom Churfürsten Friedrich August II., König von Polen, geschenkt erhielt, obgleich sie bereits vom Zahn der Zeit arg benagt worden ist, den werthvollen Mittelpunkt des Festzuges bilden. Es werden große Vorbereitungen getroffen, und zahlreiche Schützengesellschaften der Nachbarstädte werden sich als Festtheilnehmer einstellen.

— Leipzig. Im Reichsgericht wurde von dem dritten Strafsenat, zu dessen Jurisdiktionsbezirk das Königreich Sachsen gehört, das auf Todesstrafe lautende Urtheil des Schwurgerichts Freiberg wider den des Vatermordes angeklagten Fleischer Emil Richard Schlert aus Oberkollmich infolge der von dem Vertheidiger eingelegten Revision kassirt und die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das genannte Schwurgericht zurückverwiesen.

— Wie der Vertheidiger des Weinhändlers Max Artychmar,